

dbb regional magazin

Dezember 2023 • 30. Jahrgang

12

Mecklenburg-Vorpommern
Sachsen
Sachsen-Anhalt
Thüringen

Der Bundesrat

Parlament der Länderregierungen

BUNDESRAT

Bundesrat

Vereint Segel setzen ...

... unter dem Motto hat die Ministerpräsidentin von Mecklenburg-Vorpommern, Manuela Schwesig, am 1. November 2023 ihr neues Amt als Bundesratspräsidentin aufgenommen. Schwesig setzt damit ausdrücklich ein Zeichen für das wiedervereinigte Deutschland, das gemeinsam Herausforderungen bewältigen muss. „Wir alle zusammen müssen die Segel setzen, um den Kurs zu bestimmen“, so die neue Bundesratspräsidentin wörtlich in einem Interview bei ihrem Amtsantritt.



© Staatskanzlei M-V

2

> Bundesratspräsidentin Manuela Schwesig und der Vorsitzende des dbb m-v Dietmar Knecht

Gleichzeitig ließ Schwesig keinerlei Zweifel darüber aufkommen, welche Themen ihr dabei ganz besonders an Herzen liegen: „Ich will in meiner Präsidentschaft die Demokratie stärken, das Ehrenamt unterstützen und das Werben für Kompromisse in den Vordergrund stellen. Unsere Demokratie lebt von einem breiten Meinungsspektrum. Unsere Aufgabe ist es, diese unterschiedlichen Meinungen zu einem gemeinsamen Weg zusammenzuführen.“

Das „Parlament der Länderregierungen“, wie der Bundesrat auch genannt wird – denn nur wer in einer Landesregierung Sitz und Stimme hat, darf Mitglied des Bundesrates sein – kann laut Grundgesetz ganz erheblich mitgestalten, wo immer Interessen der Länder berührt werden.

■ Zustimmungspflichtige Bundesgesetze

So sind alle Bundesgesetze zustimmungspflichtig, die die

Verfassung ändern oder Auswirkungen auf die Finanzen der Länder haben oder in deren Organisations- und Verwaltungshoheit eingreifen. Das gilt auch für Verordnungen und Verwaltungsvorschriften, beispielsweise die Straßenverkehrs-Ordnung. Der Bundesrat kann – wie Bundestag und Bundesregierung – auch eine Gesetzgebung anstoßen oder im Wege einer Entschließung Probleme benennen, die gesetzgeberisch gelöst werden sollten. Auf europäischer Ebene

reichen seine Mitwirkungsrechte von einem umfassenden Informationsanspruch über Stellungnahmen zu allen EU-Vorlagen, die Länderinteressen berühren, bis hin zur Entsendung von Vertretern in den Rat.

■ Fünfte Säule

Warum die Verfassung neben Bundespräsident, Bundestag, Bundesregierung und Bundesverfassungsgericht den Bundesrat als Vertretung der Län-

der als starke fünfte Säule vorsieht, beantwortet Schwesig in ihrem Interview so: „Wir in den Ländern kennen die Lebensumstände der Menschen und deren wirtschaftliche Situation. Wir wissen, was den sozialen Zusammenhalt ausmacht und vor welchen Herausforderungen wir alle zum Beispiel beim Klimaschutz stehen. So kommt das Wissen von der Ostseeküste bis zum Saar-

viele ordentliche Mitglieder für den Bundesrat benennen, wie es dort Stimmen hat.

■ **Präsidentschaft wechselt jährlich**

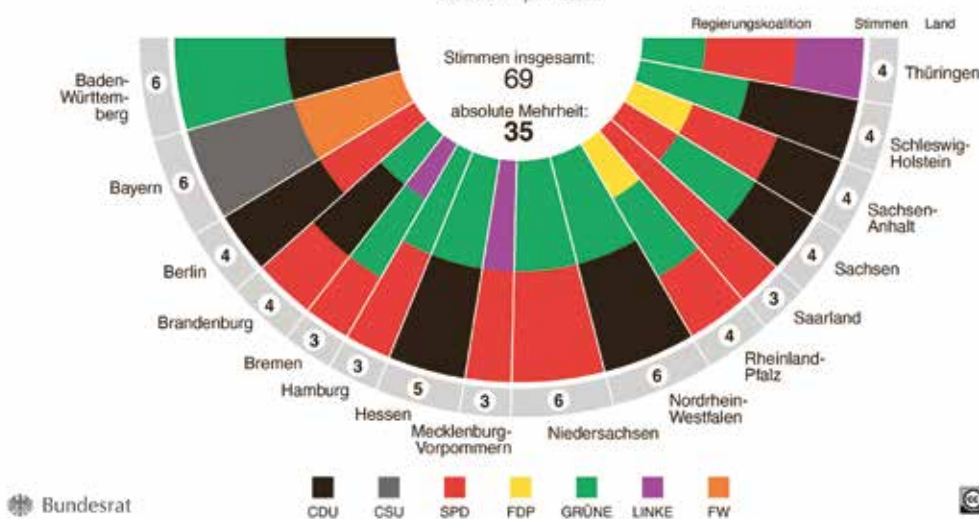
Jedes Jahr zum 1. November wechselt die Bundesratspräsidentschaft. Die Länderkammer wählt dazu aus dem Kreis der 16 Ministerpräsidenten und -präsidentinnen ein neues Prä-

ten gestellt. Und von November 1991 bis 1992 haben die damaligen Ministerpräsidenten Alfred Gomolka und Bernd Seite das Amt ausgeübt. Der letzte ostdeutsche Bundesratspräsident vor Manuela Schwesig war der Thüringer Ministerpräsident Bodo Ramelow, der 2021/2022 amtierte. Der Thüringer Dieter Althaus hatte das Amt von November 2003 bis November 2004 inne. Vor Bodo

ihrem ersten Interview verlauten. „Ich werbe dafür, dass sich immer mehr Frauen in der Politik engagieren. Denn meine Erfahrung lehrt mich, dass Politik zu besseren Entscheidungen kommt, wenn sie von Frauen und Männern gleichermaßen gestaltet wird.“ ■

Die Zusammensetzung des Bundesrates

seit 27. April 2023



land im Bundesrat zusammen. Kurz: Der Bundesrat spiegelt das vielfältige regionale Leben der Bürgerinnen und Bürger in Deutschland wider.“

■ **Ostdeutschland mit 19 Stimmen**

Das Grundgesetz sieht vor, dass jedes Land mindestens drei Stimmen im Bundesrat hat, Länder mit mehr als zwei Millionen Einwohnern haben vier, Länder mit mehr als sechs Millionen Einwohnern fünf und Länder mit mehr als sieben Millionen Einwohnern sechs Stimmen. Ostdeutschland ist damit mit 19 Stimmen vertreten (je vier von Brandenburg, Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen und drei von Mecklenburg-Vorpommern). Insgesamt hat der Bundesrat 69 Stimmen und demzufolge 69 ordentliche Mitglieder, denn jedes Land kann nur so

sidium. Aktuell sind dies Manuela Schwesig als Präsidentin, Peter Tschentscher als 1. Vizepräsident und Anke Rehlinger als 2. Vizepräsidentin. Nach einer Vereinbarung der Ministerpräsidenten aus dem Jahre 1950 erfolgt die Wahl nach einer festgelegten Reihenfolge, die durch die Einwohnerzahl der Länder bestimmt wird. Der Turnus beginnt stets mit dem Regierungschef oder der Regierungschefin des Landes mit den meisten Einwohnern. Diese Regelung hat den Vorteil, dass die Besetzung des Amtes nicht wechselnden Mehrheitsverhältnissen und parteipolitischen Erwägungen unterworfen ist. Außerdem wahrt sie den Grundsatz der Gleichrangigkeit aller Länder.

Das Land Mecklenburg-Vorpommern hatte bereits 2008/2009 mit Harald Ringstorff den Bundesratspräsidenten

Ramelow war der Ministerpräsident von Sachsen-Anhalt, Rainer Haseloff (2020/2021), Bundesratspräsident. Ebenfalls aus Sachsen-Anhalt kam Wolfgang Böhmer (2002/2003). Sachsen stellte den Bundesratspräsidenten zuletzt mit Stanislaw Tillich (2015/2016) und zuvor mit Kurt Biedenkopf von November 1999 bis November 2000. Für Brandenburg schließlich amtierten Dietmar Woidke (2019/2020) und Matthias Platzeck (2004/2005).

■ **Dritte Bundesratspräsidentin**

Sehr bescheiden nimmt sich dagegen die Zahl der Bundesratspräsidentinnen aus. Nach Hannelore Kraft (Nordrhein-Westfalen) und Malu Dreyer (Rheinland-Pfalz) ist Manuela Schwesig erst die dritte Amtsträgerin. „Das muss anders werden“, ließ sie denn auch in

dbb regional magazin

Beilage zum „dbb magazin“

Herausgeber:

Landesvorsitzender Dietmar Knecht
dbb beamtenbund und tarifunion
landesbund mecklenburg-vorpommern
Heinrich-Mann-Straße 18, 19053 Schwerin
Tel.: 03855.811050, post@dbb-mv.de,
www.dbb-mv.de

Landesvorsitzende Nanette Seidler
SBB Beamtenbund und Tarifunion Sachsen
Theresienstraße 15, 01097 Dresden
Tel.: 0351.4716824, post@sbb.dbb.de,
www.sbb.de

Landesvorsitzender Ulrich Stock
dbb beamtenbund
und tarifunion sachsen-anhalt
Schleinerstraße 12, 39104 Magdeburg
Tel.: 0391.5619450,
post@sachsen-anhalt.dbb.de,
www.sachsen-anhalt.dbb.de

Landesvorsitzender Frank Schönborn
tbb beamtenbund und tarifunion thüringen
Landesgeschäftsstelle
Schmidtstädter Straße 9, 99084 Erfurt
Tel.: 0361.6547521, post@dbbth.de,
www.thueringer-beamtenbund.de

Redaktion: Annemarie Wellige
(leitende Redakteurin)

Verantwortliche Redakteure für:

Mecklenburg-Vorpommern: Anka Schmidt
Sachsen: Michael Jung
Sachsen-Anhalt: Silke Grothe
Thüringen: Frank Fritze

Artikel, die mit vollem Namen gekennzeichnet sind, stellen nicht in jedem Fall die Meinung der Herausgeber, des Verlages oder der Redaktion dar. Aus Gründen der besseren Lesbarkeit wird der Einfachheit halber nur die männliche Form verwendet. Sämtliche Personen- und Berufsbezeichnungen gelten jedoch gleichermaßen für alle Geschlechter.

Layout: FDS, Geldern

Titel: © Bundesrat/Frank Bräuer

Verlag: DBB Verlag GmbH,
Friedrichstraße 165, 10117 Berlin
Telefon: 030.7261917-0
Telefax: 030.7261917-40
Internet: www.dbbverlag.de
E-Mail: kontakt@dbbverlag.de

Anzeigen: DBB Verlag GmbH,
Mediacenter, Dechenstraße 15 a,
40878 Ratingen
Telefon: 02102.74023-0
Telefax: 02102.74023-99
E-Mail: mediacenter@dbbverlag.de

Anzeigenleitung:

Petra Opitz-Hannen,
Telefon: 02102.74023-715

Anzeigenverkauf:

Andrea Franzen,
Telefon: 02102.74023-714

Anzeigenposition:

Britta Urbanski,
Telefon: 02102.74023-712,
Preisliste 26, gültig ab 1.1.2023

Herstellung:

L.N. Schaffrath GmbH & Co. KG
DruckMedien,
Marktweg 42–50, 47608 Geldern

Aktionswoche in Schwerin

Für den öffentlichen Dienst ist es 5 nach 12

Mit einem täglichen Flashmob haben dbb Gewerkschaften vom 9. bis 16. November eine Woche lang in Schwerin auf die angespannte Lage im öffentlichen Dienst aufmerksam gemacht.

„Es ist 5 nach 12“ lautete das Motto der dbb Aktion. „Eigentlich müssten wir 365 Tage im Jahr hier stehen, um deutlich zu machen, was die Stunde geschlagen hat. Die Arbeitsbelastung hat in allen Bereichen enorm zugenommen und die Funktionsfähigkeit des öffentlichen Dienstes ist damit akut gefährdet“, erklärte Michael Blanck, stellvertretender dbb Landesvorsitzender und zuständig für Tariffrecht in Mecklenburg-Vorpommern. „Gerade bei den tonangebenden Finanzministerien in der Tarifgemeinschaft deutscher Länder scheint noch nicht ange-

kommen zu sein, wer den Staat jeden Tag am Laufen hält. Für die Beschäftigten des öffentlichen Dienstes ist es schon lange 5 nach 12 und die Uhr tickt weiter, wenn jetzt nicht gehandelt wird.“

■ Tägliche Protestaktion

Vom 9. bis 16. November 2023 fand jeden Tag – immer um 5 nach 12 – eine symbolische Protestaktion zwischen Finanzministerium und Staatskanzlei statt. Mitglieder der dbb Fachgewerkschaften VBE, BvLB, VDStRa., komba, DStG und auch die dbb Jugend

machten in Form eines Flashmobs auf den desolaten Zustand des öffentlichen Dienstes aufmerksam. Zum Finale der Aktionswoche liefen auch der gesamte dbb Landeshauptvorstand sowie Vertreter vieler anderer dbb Gewerkschaften in einem Demonstrationszug mit, der sich vom Bahnhof zur Staatskanzlei bewegte.

■ Große Solidarität

Auch der GDL-Vorsitzende Claus Weselsky war mit streikenden Kolleginnen und Kollegen der GDL vor Ort, die sich gerade im Arbeitskampf mit

der Deutschen Bahn befinden. Solidarität und gegenseitige Unterstützung kennzeichnen den dbb. Denn egal ob Transport, Schule, Infrastruktur, Steuerverwaltung oder bei den Nachwuchskräften: Überall fehlen Beschäftigte. Die Folge sind heruntergefahren öffentliche Leistungen, schlechte Straßen, ausgefallener Unterricht und entgangene Steuermillionen. Um all das zu ändern, müssen die Arbeitsbedingungen und die Bezahlung besser werden.

„Uns geht es vor allem darum, dass bei den Landesbeschäftigten, das schließt auch die Beamtinnen und Beamten ein, der Bezahlungsabstand zum übrigen öffentlichen Dienst endlich geschlossen wird“, betonte Dietmar Knecht, Landesvorsitzender in Mecklenburg-Vorpommern, am 16. November 2023 – dem gemeinsamen Schlusstag der Aktionswoche. „Die Werte sind schon erheblich. Wenn der öffentliche Dienst der Länder nicht stillstehen soll, muss sich schnell etwas ändern.“ ■



Tag 1: VBE und BvLB

Tag 2: VDStRa.





Tag 3: komba

© komba



Tag 4: DSTG

© DSTG M-V

© dbb

Tag 5: dbb jugend



Tag 6: Finale der Aktionswoche mit dbb Landeshauptvorstand und GDL



DVG wählt neuen Landesvorstand

Martin Maschlanka übernimmt Vorsitz

Die Mitgliederversammlung der Deutschen Verwaltungs-Gewerkschaft Mecklenburg-Vorpommern (DVG MV) hat am 14. November im Hotel Speicher am Ziegelsee in Schwerin einen neuen Landesvorstand gewählt. „Jetzt ist es Zeit für einen Generationswechsel“, hatte Rita-Erika Waldow erklärt, die fast 30 Jahre an der Spitze der DVG MV stand und nicht mehr kandidierte.

Zum Vorsitzenden wurde Martin Maschlanka und zum stellvertretenden Vorsitzenden Christian Hinzmann gewählt. Sandra Maschlanka wird weiterhin das Amt des Schriftführers wahrnehmen und Claudia Hinzmann wurde zur Schatzmeisterin bestimmt. Gemeinsam bringen die vier Vorstandsmitglieder über 50 Jahre Erfahrung im öffentlichen Dienst mit und freuen sich auf ihre neue Aufgabe.

Auszeichnungen für Rita-Erika Waldow

Der DVG-Bundesvorsitzende Joachim Johannes und auch der dbb Landesvorsitzende Dietmar Knecht würdigten die Arbeit ihrer langjährigen Weggefährtin Rita-Erika Waldow an der Spitze der DVG MV. Vom DVG-Bundesvorsitzenden wurde sie mit der Ehrennadel der Gewerkschaft ausgezeichnet, die DVG Mecklenburg-Vorpommern ernannte sie



> Der neue DVG-Landesvorsitzende Martin Maschlanka, Schatzmeisterin Claudia Hinzmann, Ehrenvorsitzende Rita-Erika Waldow, DVG-Bundesvorsitzender Joachim Johannes, Schriftführerin Sandra Maschlanka und der stellvertretende Landesvorsitzende Christian Hinzmann (von links)

zur Ehrenvorsitzenden und die beiden ebenfalls ausscheidenden Vorstandsmitglieder Georg Dunkel und Ingomar Gorniak zu Ehrenmitgliedern. In ihrem Rechenschaftsbericht hatte Waldow noch einmal die

Veranstaltungen und Aktionen der vergangenen Jahre Revue passieren lassen. Der Schatzmeister Georg Dunkel wurde von den Kassenprüfern erneut für seine außerordentlich genaue Buchführung gelobt.

Viele Ehrengäste

Neben dem dbb Landesvorsitzenden Dietmar Knecht und DVG-Chef Joachim Johannes waren zahlreiche weitere Ehrengäste der Einladung zur Mitgliederversammlung gefolgt, darunter Hermann Warner, Ehrenvorsitzender des dbb m-v, Thomas Krupp, Vorsitzender der komba gewerkschaft m-v, Ulrich Stock, dbb Landesvorsitzender von Sachsen-Anhalt und DVG-Landesvorsitzender, sowie Jürgen Kretschmar, Mitglied des Bundesvorstandes der DVB und Vorsitzender der DVG Sachsen.

Der dbb Landesvorsitzende Dietmar Knecht informierte über den aktuellen Stand der Tarifverhandlungen mit der TdL. Am 9. und 10. sowie am 13. und 14. November 2023 hatte der „Weckruf 5 nach 12“ als Flashmob vor der Staatskanzlei stattgefunden und wurde am 15. und 16. November 2023 fortgesetzt.

Der dbb m-v gratuliert dem neuen DVG-Landesvorstand sehr herzlich, wünscht ihm viel Erfolg bei seiner künftigen Arbeit und setzt auf die Fortsetzung der guten, vertrauensvollen Zusammenarbeit. ■

Aus den Mitgliedsgewerkschaften

DSTG-Vorstand tagte in Rostock

Am 26. und 27. Oktober traten der Landesverbandsvorstand und der Landesverbandshauptvorstand der Deutschen Steuer-Gewerkschaft Mecklenburg-Vorpommern (DSTG M-V) in Rostock zusammen, um gemeinsam über die laufende Tarifrunde für die Länder und den im kommenden Jahr geplanten 8. Landesverbandstag zu beraten.

Auch wenn der 8. Landesverbandstag noch in weiter Ferne zu liegen scheint, wirft er schon seine Schatten voraus.

Der Landesvorstand hatte es sich deshalb zur Aufgabe gemacht, einen Funktionskatalog als Wegweiser für den

neu zu wählenden Landesvorstand zu erstellen. Denn ebenso wie der Landesvorsitzende Frank Höhne, der aus

Altersgründen nach dem Landesverbandstag für diese Funktion nicht mehr zur Verfügung stehen wird, hat auch



© DSTG M-V

> DSTG-Landeshauptvorstand in Rostock

Schatzmeisterin Antje Timm ihren Rücktritt angekündigt.

Im Zusammenhang mit der laufenden Tarifrunde wurde der feste Zusammenhalt der DSTG-Mitglieder, aber auch

der aller Kolleginnen und Kollegen bekräftigt. Gerade vor dem Hintergrund der aktuellen Situation in Deutschland sei ein Abschluss der Tarifrunde 2023 in der geforderten Höhe – 10,5 Prozent, mindestens

aber 500 Euro – für die Kolleginnen und Kollegen der öffentlichen Verwaltung ein richtiges, wichtiges und wertschätzendes Ergebnis. „Zur Durchsetzung der Forderung der Gewerkschaften braucht es jeden

von uns. Die Kolleginnen und Kollegen dürfen nicht länger Sparschweine der Nation sein“, betonte der DSTG-Landesvorsitzende Frank Höhne, der auch stellvertretender dbb Landesvorsitzender ist. ■

Aus den Mitgliedsgewerkschaften BSBD-Kundgebung vor Justizministerkonferenz

Zum Start der Justizministerkonferenz (JuMiKo) am 10. November in Berlin bereiteten die Vertreter des Bundes der Strafvollzugsbediensteten (BSBD) aus Bund und Ländern den teilnehmenden Justizminister und -senatoren einen stürmischen Empfang.

Sie forderten die JuMiKo-Teilnehmer auf, die Verhandlungsbestrebungen im Tarifkonflikt mit den Ländern zu unterstüt-

zen und voranzutreiben, nachdem es auch in der zweiten Verhandlungsrunde kein Angebot seitens der TdL gab. ■



© BSBD M-V

> Am Rande der Demonstration nahm sich auch Justizministerin Jacqueline Bernhardt Zeit, einige Worte mit dem BSBD-Landesvorsitzenden Matthias Nicolai zu wechseln, und deutete Verständnis für die Forderungen des BSBD und Gesprächsbereitschaft an.

Warnstreik – Einkommensrunde im öffentlichen Dienst der Länder

Schluss mit leeren Phrasen

Eine deutliche Einkommenserhöhung und Investitionen in die Zukunft – dafür haben Landesbeschäftigte am 21. November 2023 in Chemnitz protestiert.



> Volker Geyer, stellvertretender dbb Bundesvorsitzender, bei der Aktion in Chemnitz

© Jueergen Lösel (3)



> Theaterplatz in Chemnitz mit rund 1500 Teilnehmerinnen und Teilnehmern

Die Protestaktion richtete sich an die Tarifgemeinschaft deutscher Länder (TdL), die in der laufenden Einkommensrunde auch beim zweiten Verhandlungstermin kein Angebot vorgelegt hatte. „Die Arbeitgebenden reden immer viel von Wertschätzung, doch wenn es darauf ankommt, diesen Worten Taten folgen zu lassen, sind sie plötzlich still“, prangerte Volker Geyer, dbb Fachvorstand Tarifpolitik, vor den Beschäftigten in Chemnitz an. „Corona, Krieg, Kostensprünge: Seit knapp vier Jahren befinden wir uns im Krisenmodus. Seitdem sind es die Kolleginnen und Kollegen im öffentlichen Dienst, die das Land am Laufen halten – trotz Personalmangels und Investitionsstaus. Die Arbeitgebenden weigern sich jedoch, dies ordentlich anzuerkennen, und halten uns

mit leeren Phrasen hin. Das ist eine Dreistigkeit, die wir uns nicht länger gefallen lassen!“

Wichtiger Schritt in die Zukunft

Auch Steffen Winkler, stellvertretender Landesvorsitzender des SBB Beamtenbund und Tarifunion Sachsen, kritisierte die mangelnde Bereitschaft der TdL, in den öffentlichen Dienst zu investieren. Die geforderte Entgelterhöhung von 10,5 Prozent, mindestens aber 500 Euro, sei ein wichtiger Schritt in die Zukunft: „Aktuell fehlen dem Staat mindestens



> Steffen Winkler, stellvertretender SBB-Vorsitzender und Vorsitzender der GK-Tarifrecht im SBB

551 500 Beschäftigte. In den nächsten zehn Jahren scheiden zudem 1,36 Millionen – das

entspricht 27 Prozent der Beschäftigten – altersbedingt aus dem öffentlichen Dienst

aus. Wie soll das zukünftig bei den derzeitigen Arbeits- und Entgeltbedingungen kompensiert werden?“ Winkler fordert die Arbeitgeber und die Politik auf, „endlich langfristige Konzepte zu entwickeln und nicht immer nur zu schauen, wie man das Tisch Tuch möglichst knapp hält“.

Rund 1 500 Teilnehmerinnen und Teilnehmer unterstützten den SBB bei dieser Aktion vor Ort. Weiter so ...

#EKR2023TVL #WirkungskommtvonWIR #gemeinsam-mehrerreichen #SBBFamilie ■

#WirmachenStaat – auch morgen noch

Jugend ist Zukunft, auch im SBB. Und so war der Landesjugendtag der SBB Jugend am 13. November 2023 in Grimma ein wichtiges und eben auch zukunftsweisendes Treffen der jungen Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter.

Der von Johannes Seidler vorgelegte Geschäftsbericht machte deutlich, dass die Pandemie gerade die Jugendarbeit in den letzten fünf Jahren stark eingeschränkt habe. Jugendarbeit lebt in hohem Maße vom Netzwerken, vom Austausch und von persönlichen Begegnungen.

Neben der Beratung von Anträgen nahm deshalb die Diskussion über zukünftige gemeinsame Projekte, über Treffen und über Austausch einen großen Raum in der Beratung ein. „Vielleicht schaffen wir es ja, dass jede Gewerkschaftsjugend eine Veranstaltung organisiert und alle jungen Mitglieder im SBB dazu einlädt? Möglich wäre es, sinnvoll sowieso. Eines sollte uns dabei allen klar sein, den jungen und den erfahrenen Gewerkschaftern: Gewerkschaftliche Jugendarbeit geht uns alle an. Denn wir brauchen auch jemanden der selbstbewusst erklärt: #WirmachenGewerkschaft – auch morgen noch“, so die SBB Jugend.

Solidarisch mit der dbb Einkommensforderung

Da der Landesjugendtag genau in die heiße Phase der Einkommensrunde 2023 für die Beschäftigten der Länder

(TV-L und TdL) fiel, war diese ebenfalls Thema. Die Vielfalt der Beschäftigtengruppen im SBB, Beamte, Tarifbeschäftigte und Kollegen der privatisierten Bereiche, spiegelt sich natürlich auch in der SBB Jugend wider. Gleichwohl war es den

Delegierten wichtig, sich gemeinsam solidarisch mit der Forderung des dbb nach 10,5 Prozent, mindestens 500 Euro – für Auszubildende, Anwärter und Praktikanten 200 Euro mehr –, zu erklären. ■



Aus den Mitgliedsgewerkschaften

Warnstreik der GDL

Rund 100 Kolleginnen und Kollegen fanden sich beim Warnstreik der GDL am 16. November 2023 im Eisenbahnmuseum Dresden zu einer Kundgebung für bessere Löhne und Arbeitsbedingungen zusammen.



Lokomotivführer, Zugbegleiter, Fahrdienstleiter und Kollegen aus der Werkstatt brachten ihren Unmut über das Angebot der Arbeitgeber von Deutscher Bahn und Transdev zum Ausdruck. Denn die Schichtbelastung und der ständige Personalmangel in den Bahnberufen machen die geforderte Absenkung der Arbeitszeit auf 35 Stunden/Woche absolut notwendig.

Die Streikbeteiligung unter den Eisenbahnern war sehr groß. Fast alle Züge im Nah- und Fernverkehr blieben in den Depots.

Die Kollegen waren sich einig: Wir werden weiterkämpfen, bis der Arbeitgeber ein vernünftiges Angebot auf den Tisch legt.

Rechtspflegertag 2023 in Sachsen

Am 18. Oktober 2023 fand der Rechtspflegertag des Verbandes Sächsischer Rechtspfleger e. V. (VSR) im Festsaal des Oberlandesgerichts Dresden statt.

Pünktlich um 9 Uhr startete die Veranstaltung mit einer kurzen Rede der Vorsitzenden Tanja Romstedt in dem vollen Festsaal. Der Andrang war so groß, dass anfangs die Sitzplätze nicht ausreichten.

Tanja Romstedt betonte in ihrer Rede unter anderem, dass das Vertrauen der Bürger in den Rechtsstaat gewahrt bleiben müsse, zum Beispiel wenn es darum geht, rechtzeitig einen Erbschein oder einen Grundbucheintrag zu erhalten. Diese Aufgabe zu erfüllen beziehungsweise das Vertrauen nicht zu enttäuschen, werde jedoch bei der derzeitigen Personalsituation immer schwie-



> Blick in den Saal des OLG

riger. Auch das Vertrauen der Rechtspfleger selbst dürfe nicht enttäuscht werden. Aufgrund der Entscheidung des Bundesarbeitsgerichts zur E 9a müsse deshalb das Eingangsamts der Rechtspfleger zeitnah auf A 10 angehoben werden.

Nach den Ausführungen der Vorsitzenden folgten Grußworte des Schirmherrn der Veranstaltung, dem Präsidenten des Oberlandesgerichts

Dresden, Dr. Leon Ross, der Justizministerin Katja Meier, des Generalstaatsanwalts Martin Uebele und des Ministerpräsidenten Michael Kretschmer. Alle Redner unterstrichen die Wichtigkeit der Rechtspfleger für die sächsische Justiz und ihr Bemühen, die drohenden Altersabgänge der kommenden Jahre durch ausreichenden qualifizierten Nachwuchs abzufedern. Die damit einhergehenden

Schwierigkeiten wurden allerdings auch nicht verhehlt.

Prof. Dr. Jan Lieder von der Universität Freiburg referierte anschließend in einem Sachvortrag über die Reform des Personengesellschaftsrechts durch das „MoPeG“ und zeigte anschaulich die Auswirkungen des MoPeG (= Gesetz zur Modernisierung des Personengesellschaftsrechts) auf die einzelnen Rechtsgebiete auf.

Der zweite Vortrag von Diplom-Rechtspfleger (FH) Harald Wilsch unter dem Titel „Das MoPeG und die Änderungen für das Grundbuch“ zeigte sehr praxisnah konkrete Auswirkungen der Reform auf.

Bei der anschließenden Mitgliederversammlung des VSR wurde Tanja Romstedt in ihrem Amt bestätigt.

BDZ-Bezirkstag 2023

Am 8. und 9. November 2023 fand der Bezirkstag des BDZ-Bezirksverbandes Sachsen in Dresden unter dem Motto „BDZ – Wir für Euch“ statt. Als Gäste konnte die Vorsitzende Steffi Franze den Bundesvorsitzenden Thomas Liebel und den Ehrenvorsitzenden Klaus H. Leprich begrüßen.

In ihrem Geschäftsbericht zog die Vorsitzende eine ausgesprochen positive Bilanz für den Bezirksverband. Insbesondere sei seit 2018 ein itgliederzuwachs zu verzeichnen. Die Rekrutierung neuer Mitglieder müsse, so die Vorsitzende, auch künftig im Fokus stehen.

Rückschau hielt Steffi Franze in ihrem Geschäftsbericht auf die verschiedenen Veranstaltungen, die in den letzten Jahren vom Bezirksverband, seinen Beauftragten für Jugend und Frauen und den Ortsverbänden organisiert worden sind.

In den nächsten Jahren will der Bezirksverband die in der letzten Wahlperiode geknüpften Kontakte zu Bundestagsabgeordneten weiter ausbauen, das innergewerkschaftliche Leben fördern und über seine Vertreter in den Personalvertretungen zum Wohle seiner Mitglieder agieren.

Neben der Bilanz über die vergangenen fünf Jahre und den Weichenstellungen für die nahe Zukunft standen die Wahlen zum Vorstand auf der



> Der neue Vorstand des BDZ

Tagesordnung, bei denen Steffi Franze, die den Bezirksverband seit 2013 führt, einstimmig wiedergewählt wurde.

Ihr zur Seite stehen im neu gewählten Vorstand Peter Arnold, Kerstin Frieser, Daniel Reißig, Justin Schneider, Marco Zwack, Cornelia Dörfel, Wolfgang Diecke und Jan Kowark. Als Rechnungsprüfer wurden Diana Schieritz und Eva Berger gewählt. Die Beauftragten für

die nächsten fünf Jahre sind Lea Skodnik (Frauen), Dieter Schäfer (Senioren) und Sabine Diecke (Mitgliederverwaltung).

Das bisherige Vorstandsmitglied Günther Kirschbaum wurde unter Standing Ovationen zum Ehrenvorstandsmitglied ernannt.

Zur öffentlichen Veranstaltung am zweiten Tag des Bezirkstages konnte die neu

gewählte Vorsitzende Gäste aus der Verwaltung und von den Kooperationspartnern sowie den stellvertretenden Landesvorsitzenden des SBB, Klaus-Peter Schölzke, begrüßen. Hauptredner an diesem Tag war der BDZ-Bundesvorsitzende Thomas Liebel. Dieser konnte in seiner Rede auf viele gute Erfolge des BDZ verweisen, wies aber gleichzeitig auf künftige Herausforderungen hin.

Einkommensrunde mit der Tarifgemeinschaft deutscher Länder

Wir wollen fairen Lohn für gute Arbeit!

Die erste Protestreaktion der Beschäftigten auf die Verweigerungshaltung der Arbeitgeber in der laufenden Einkommensrunde für die Beschäftigten der Länder ließ nicht lange auf sich warten: Unter dem Motto „Sicherheit gibt es nicht zum Nulltarif“ gingen am 30. Oktober 2023 Justizvollzugsbedienstete in ganz Deutschland auf die Straße, um ihre Forderungen zu bekräftigen.

In Sachsen-Anhalt legten die Tarifbeschäftigten des Landes am Vormittag ihre Arbeit nieder und nahmen an einer Kundgebung vor der Justizvollzugsanstalt (JVA) „Roter Ochse“ in Halle (Saale) teil. Unterstützt wurden sie von ihren verbeamteten Kolleginnen und Kollegen nach Dienstschluss beziehungsweise in der Freizeit. Auch aus anderen dbb Mitgliedsgewerkschaften waren Kolleginnen und Kollegen vor Ort.

■ Funktionsfähigkeit der Justiz sichern

In den aktuellen Verhandlungen mit der TdL fordert der Bund der Strafvollzugsbediensteten Deutschlands (BSBD) deutliche Verbesserungen. „Ohne adäquate Lohnerhöhungen ist der Justizvollzug bei der Rekrutierung geeigneter Mitarbeiter nicht mehr konkurrenzfähig. Die Forderung nach einer Einkommenserhöhung von 10,5 Prozent, mindestens jedoch 500 Euro, ist mehr als berechtigt. Einen arbeitsfähigen Justizvollzug gibt es nicht zum Nulltarif“, betonte Mario Pinkert, Vorsitzender des BSBD Sachsen-Anhalt.

Die Personallage sei brisant. Trotz aller Bemühungen des Justizministeriums Sachsen-Anhalt um die Nachwuchssicherung fehlten im Strafvollzug schon seit vielen Jahren Mitarbeiter. „Und diese Situation wird sich weiterhin dra-

matisch verschlechtern“, prophezeite Pinkert, „weil der demografische Wandel auch dem Justizvollzug eine Vielzahl altersbedingter Abgänge beschert.“ Gleichzeitig seien die Aufgaben stetig ausgeweitet worden.

■ Arbeitskampf mit Augenmaß

Bei seinen Arbeitskampfmaßnahmen will der BSBD Augenmaß bewahren, denn ein flä-



> Teilnehmer vor der JVA „Roter Ochse“ in Halle

chendeckender Streik würde die Sicherheitslage in Deutschland gefährden. „Daher beschränken wir uns auf punktuelle Aktionen“, äußerte Pinkert, „auch wenn es in den Haftanstalten mehrere Problemlagen gibt, auf die wir aufmerksam machen wollen.“

■ Belastungen steigen

So nehme die Gewalt in den Anstalten zu. Die Zahl der



Übergriffe auf Bedienstete habe einen neuen Höchststand erreicht, auch weil immer mehr psychisch auffällige Menschen, Gefährder und Mitglieder extremistischer Gruppen in den Haftanstalten einsäßen. Die psychischen und physischen Belastungen der Bediensteten würden dadurch permanent steigen.

heitsstrafen zu entlasten. Stattdessen führe die Gesetzesänderung dazu, dass suchtkranke und therapiebedürftige Straftäter verstärkt im Regelvollzug landen.

Verschärft werde die Situation noch weiter durch rückläufige Bewerberzahlen für Berufe in den Justizvollzugsanstalten. Mittlerweile fielen bereits Lehrgänge im allgemeinen Vollzugsdienst aus und Stellenaussagen liefen in sämtlichen Sparten des Vollzugs ins Leere. Die entstandenen Vakanzen im Personalbestand würden, vor allem in den nördlichen Bundesländern, zunehmend mit Tarifbeschäftigten abgedeckt, ohne dass diese entsprechend abgesichert seien (etwa durch eine adäquate Berufsunfähigkeitsversicherung).

■ Justizvollzug stärken

Der BSBD fordert die Arbeitgeber deshalb auf, sich endlich um die Belange des öffentlichen Dienstes und die Sicherheit unseres Landes zu kümmern und den Justizvollzug merklich zu entlasten. „Wir sitzen hier auf einem Pulverfass, dessen Lunte schon brennt. Die Politik muss bereit sein, die



> Sicherheit muss oberste Priorität haben.

Zudem griffen die Bemühungen nicht, durch Änderung des Sanktionsrechts den Justizvollzug im Bereich der Ersatzfrei-

Lunte zu löschen“, beschrieb der Bundesvorsitzende des BSBD, René Müller, die brisante Situation. ■

Proteste vor den Justizzentren in Magdeburg und Halle



> „Wir fordern Wertschätzung für die Kolleginnen und Kollegen.“

Zu einem ganztägigen Warnstreik rief die Deutsche Justiz-Gewerkschaft (DJG) in Magdeburg und Halle am 14. November auf. Rund 300 Beschäftigte aus dem Justizbereich folgten dem Aufruf und versammelten sich vor den dortigen Justizzentren.

Beatrix Schulze, Vorsitzende der DJG Sachsen-Anhalt, rief den Demonstranten zu: „Inflation und Wertschätzung für die Kolleginnen und Kollegen scheinen in der Welt der Arbeitgeber nicht vorzukommen. Wir fordern nur ein, was eigentlich selbstver-

ständig sein sollte: eine faire Bezahlung und bessere Arbeitsbedingungen. Es kann nicht sein, dass alle Forderungen der Gewerkschaften durch die Arbeitgeber als unbezahlbar abgeschmettert werden.“ Unter lautem Pfeifkonzert, mit dem die

Demonstranten ihrem Unmut Luft machten und ihre Forderung nach 10,5 Prozent mehr Lohn bekräftigten, fuhr Schulze fort: „Unsere Forderungen sind mehr als berechtigt. Auch wir leiden unter den Preissprüngen der letzten zwei Jahre!“

Mittagsdemo in Magdeburg am 16. November 2023

„Geiz-ist-nicht-geil“ lautete das Motto, unter dem der dbb sachsen-anhalt die Beschäftigten des öffentlichen Dienstes am Folgetag, dem 16. November 2023, zu einer Mittagsdemo vor dem Justizzentrum in Magdeburg aufgerufen hat.



> „Wir sind keine Beschäftigten zweiter Klasse!“



„Der Slogan ‚Geiz ist geil‘ hat seit Jahren die Einkommenspolitik der Länder gegenüber den Beschäftigten im öffentlichen Dienst charakterisiert. Jetzt müssen sie aber endlich begreifen, dass ihre Blockadehaltung bei den Tarifverhandlungen die Handlungsfähigkeit des öffentlichen Dienstes gefährdet“, rief Ulrich Stock, Landesvorsitzender des dbb sachsen-anhalt, den Demonstrierenden zu.



> „Geiz-ist-nicht-geil“, so der Aufruf des dbb sachsen-anhalt zur Mittagsdemo am 16. November 2023

„Die Handlungsfähigkeit des öffentlichen Dienstes wird gefährdet“, rief Ulrich Stock, Landesvorsitzender des dbb sachsen-anhalt, den Demonstrierenden zu.

Dienstes zu einer Protestaktion des tbb beamtenbund und tarifunion thüringen brachte, die auf die dramatische Situation des öffentlichen Dienstes aufmerksam machen sollte.

Personalgewinnung hat oberste Priorität

Nach zwei ergebnislosen Verhandlungen müssten die Arbeitgeber endlich einen riesigen Schritt in die richtige Richtung gehen. „Die Arbeitgeber wollen nicht wahrhaben, dass unsere Forderungen ein wichtiger Schritt sind, um Personal zu gewinnen und vor allem auch zu halten“, so Stock. Denn der öffentliche Dienst der Länder stehe bei der Personalgewinnung nicht nur in Konkurrenz mit der Privatwirtschaft, sondern vor allem auch mit Bund und Kommunen. Die

Einkommensschere zwischen Ländern, Bund und Kommunen drifte immer weiter auseinander.

Keine Beschäftigten zweiter Klasse

Auch für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des öffentlichen Dienstes seien die Lebenshaltungskosten in den letzten zwei Jahren enorm gestiegen. Landesbeschäftigte dürften keine Beschäftigten zweiter Klasse sein. Dies gelte auch für die Beamtinnen und Beamten. Stock forderte deshalb, dass das Tarifergebnis zeitgleich und systemgerecht auf den Beamtenbereich sowie die Versorgungsempfängerinnen und -empfänger übertragen wird.

Unterstützung für Thüringer Beschäftigte

Solidarität zeigte der dbb sachsen-anhalt mit den Kolleginnen und Kollegen in Thüringen. Gemeinsam mit der Deutschen Verwaltungs-Gewerkschaft (DVG) Sachsen-Anhalt wurde am 18. November 2023 ein Bus gechartert, der circa 50 Beschäftigte des öffentlichen

Insgesamt kamen über 500 Teilnehmer in Erfurt zusammen, um ihrer Forderung nach 10,5 Prozent, mindestens aber 500 Euro mehr im Monat, Nachdruck zu verleihen. Denn groß ist der Ärger über die Arbeitgeber, die bisher weder ein eigenes Angebot vorgelegt noch irgendein Entgegenkommen gezeigt haben.



> Teilnehmer aus Sachsen-Anhalt an der Protestdemo in Erfurt am 18. November 2023

Dazu Ulrich Stock, Landesvorsitzender des dbb sachsen-anhalt und der DVG Sachsen-Anhalt: „Die Beschäftigten des öffentlichen Dienstes scheinen den Arbeitgebern egal zu sein. Anders ist die Blockadehaltung der Arbeitgeberseite bei den derzeitigen Tarifverhandlungen mit der Tarifgemeinschaft deutscher Länder (TdL) nicht zu erklären. Die Arbeitgeber dürfen die Augen nicht weiter vor dem massiven Personalmangel, vor der ausufernden Belastungssituation und der schlechten Bezahlung der Beschäftigten im öffentlichen Dienst verschließen. Es muss endlich was passieren, denn wir befinden uns in einem harten Konkurrenzkampf mit Bund und Kommunen sowie der Privatwirtschaft. Das



> Demozug durch Erfurt am 18. November 2023

müssen sich die Arbeitgeber nicht langsam, sondern schnell klarmachen. Die Arbeitgeber sollten sich genau überlegen, ob sie die Beschäftigten weiter herausfordern und weitere Arbeitskämpfmaßnahmen provozieren wollen.“

> **Auch in Magdeburg hagelte es Proteste**

Über 300 Beschäftigte versammelten sich zu einer Kundgebung am Magdeburger Domplatz und forderten lautstark 10,5 Prozent, mindestens aber 500 Euro mehr Einkommen. Iris Herfurth, erste stellvertretende



> Iris Herfurth, erste stellvertretende Landesvorsitzende des dbb sachsen-anhalt: „Die Länder müssen endlich von ihrer Blockadehaltung abrücken.“



> Teilnehmerinnen und Teilnehmer an der Protestkundgebung auf dem Domplatz in Magdeburg

Landesvorsitzende des dbb sachsen-anhalt, warnte bei der Veranstaltung insbesondere vor drohenden weiteren Personalabwanderungen: „Die Länder müssen endlich von ihrer Blockadehaltung abrücken. Der öffentliche Dienst droht, auf Landesebene nicht mehr mit den Kommunen mithalten zu können und erst recht nicht mit der Privatwirtschaft.“ Der öffentli-

che Dienst habe jetzt schon Schwierigkeiten, neue Fachkräfte zu finden. „Falls die Länder das Einkommen nicht an das Bundes- beziehungsweise kommunale Niveau anpassen, wird dieses Problem nur noch größer“, warnte Herfurth, „derartig hausgemachte Schwierigkeiten können wir neben den bestehenden Herausforderungen nicht gebrauchen.“

Arbeitsgespräch mit Fraktion Die Linke Öffentlicher Dienst in dramatischer Situation

Die aktuelle Situation des öffentlichen Dienstes in Sachsen-Anhalt, die laufende Einkommensrunde der Länder und das Landespersonalvertretungsgesetz Sachsen-Anhalt waren Themen des ersten Arbeitsgesprächs der Landesleitung des dbb sachsen-anhalt mit der Fraktion Die Linke am 16. November 2023.

Allen Gesprächsteilnehmern war klar, dass die Personalsituation im öffentlichen Dienst von Sachsen-Anhalt dramatisch ist. Umso weniger nachvollziehbar, kritisierten die Vertreter des dbb sachsen-anhalt, sei das „rasenmäherartige“ Vorgehen bei der Verteilung der Vollzeit- äquivalente auf die Ressorts und Dienststellen. Stattdessen,

waren sich dbb sachsen-anhalt und die Fraktion Die Linke einig, müsse auf der Grundlage einer konstruktiven Aufgabenkritik eine Personalbedarfsberechnung stattfinden.

„Bis heute kann die Landesregierung nicht darlegen, wo sich das angeblich zu zahlreiche Personal in der Landesverwaltung



> Olaf Sendel, stellvertretender Landesvorsitzender des dbb sachsen-anhalt, Thomas Lippmann, stellvertretender Fraktionsvorsitzender Die Linke, Eva von Angern, Fraktionsvorsitzende Die Linke, Ulrich Stock, Landesvorsitzender des dbb sachsen-anhalt, sowie Torsten Grabow, stellvertretender Landesvorsitzender des dbb sachsen-anhalt (von links)

befindet“, äußerte der dbb Landesvorsitzende Ulrich Stock.

> **Zeichen der Zeit nicht erkannt**

Im Zusammenhang mit der aktuellen Einkommensrunde der Länder befürchtet der dbb sachsen-anhalt, dass die Finanzminister die Zeichen der Zeit nicht erkannt haben. „Wenn die Gehaltslücke zwischen Land und Kommunen durch den angestrebten Tarifabschluss nicht geschlossen wird, wird die Landesverwaltung noch mehr Per-

sonal in Richtung Bund und Kommunen verlieren“, warnten die dbb Vertreter. Auch die Fraktion Die Linke hat dieses Problem erkannt und mahnt an, dass die Tarifbereiche im öffentlichen Dienst wieder zueinander finden müssen.

> **Unmodernes Gesetz**

Auch das unmoderne und der Lebenswirklichkeit nicht mehr entsprechende Landespersonalvertretungsgesetz von Sachsen-Anhalt wurde von den Vertretern des dbb

sachsen-anhalt angesprochen. Hierzu hat die Fraktion Die Linke bereits in vorherigen Legislaturperioden Entwürfe vorgelegt. Die Gesprächsteilnehmer

vereinbarten weiterführende Gespräche zu diesen Vorlagen.

Für den dbb sachsen-anhalt nahmen der Landesvorsitzen-

de Ulrich Stock und seine zwei Stellvertreter Torsten Grabow und Olaf Sendel an dem Gespräch teil. Die Fraktion Die Linke war mit der Fraktionsvor-

sitzenden Eva von Angern und dem stellvertretenden Fraktionsvorsitzenden Thomas Lippmann bei dem Meinungsaustausch vertreten. ■

3. Bundesseniorenkongress

Ältere Generation will mitgestalten!

„Zukunft. Mit uns. Für alle.“ – unter diesem Motto tagte am 16. und 17. Oktober 2023 in Berlin zum dritten Mal das höchste Gremium der Bundesseniorenvertretung des dbb, der Bundesseniorenkongress. Der dbb sachsen-anhalt war mit vier Vertretern der dbb seniorenkommision sachsen-anhalt vertreten.

Mit Blick auf das Motto des Bundesseniorenkongresses sagte Walter Jertzimbeck, Vorsitzender der dbb seniorenvertretung sachsen-anhalt: „Auch die ältere Generation ist bereit, sich bei der Digitalisierung, bei der Eingrenzung der Folgen des Klimawandels und bei der Integration von Migrant*innen einzubringen.“ Neben Jertzimbeck haben Heidemarie Ehlert, erste stellvertretende Vorsitzende der dbb seniorenvertretung sachsen-anhalt, Dirk Kost, stellvertretender Vorsitzender, sowie Tatjana Lichtenfeld, Philologenverband Sachsen-Anhalt und Mitglied der dbb seniorenvertretung sachsen-anhalt, an dem Bundesseniorenkongress teilgenommen.

136 Delegierte, die die Mitglieder der Querschnittsorganisation des dbb vertreten, haben bei der Veranstaltung eine neue Geschäftsführung der dbb bundesseniorenvertretung gewählt. Zudem haben die dbb Seniorinnen und Senioren ihren politischen Kurs für die nächsten fünf Jahre abgesteckt, um sich auch künftig in Politik und Gesellschaft einbringen zu können und das Potenzial des Alters hervorzuheben.

► **Horst Günther Klitzing wiedergewählt**

In seinem Amt bestätigt wurde der bisherige dbb Senioren-Chef Dr. Horst Günther Klitzing. Norbert Lütke wurde als zweiter Vorsitzender der dbb bundesseniorenvertretung ebenfalls wiedergewählt. Ergänzt wird die neue Geschäftsführung der dbb bundesseniorenvertretung durch drei weitere stellvertretende Vorsitzende: Thomas Krupp, dbb landesbund mecklenburg-vorpommern, Max Schindlbeck, Bundesseniorensprecher des Verbandes Bildung und Erziehung (VBE), sowie Anke Schwitzer, Vorsitzende der Bundesseniorenvertretung der Deutschen Steuer-Gewerkschaft (DSTG).

Bei den Sachberatungen wurden 148 Anträge zu grundlegenden Themen der Interessenvertretung beraten und beschlossen. Die Beschlüsse bilden den Rahmen für die Arbeit der dbb seniorenvertretung in den kommenden fünf Jahren. Aber auch Themen wie Klimawandel, Migration und Digitalisierung, die in allen Bereichen des öffentlichen

Lebens spürbar sind, werden die Mitglieder der dbb bundesseniorenvertretung weiter beschäftigen.

► **Dank an Ehrenamtliche**

Der Chef der dbb Senioren dankte auch den vielen Ehrenamtlichen für ihre engagierte Arbeit im Vorfeld: „Unsere Beschlüsse spiegeln auch unser Verständnis von gesellschaftlicher Teilhabe im Alter wider: Wir setzen uns dafür ein, die Lebensbedingungen aller zu verbessern. Wer wie wir im öffentlichen Dienst beschäftigt war und für die ganze Gesellschaft gearbeitet hat, hört damit auch im Ruhestand noch lange nicht auf.“

Der dbb Bundesvorsitzende Ulrich Silberbach hob in seinem Grußwort an den 3. Bundesseniorenkongress hervor, dass der dbb bei der steuerfinanzierten Entgeltersatzleistung für pflegende Angehörige in enger Abstimmung mit der bundesseniorenvertretung maßgeblich am Modell von Bundesfamilienministerin Lisa Paus mitgearbeitet habe. „Das ist ein Riesenerfolg und ein Beispiel für kons-

truktive innergewerkschaftliche Zusammenarbeit“, so Silberbach.

► **Konstruktive Zusammenarbeit**

„Bei der Verhinderung einer weiteren Absenkung des Rentenniveaus und der Stärkung der Erwerbsminderungsrenten ziehen dbb und bundesseniorenvertretung ebenfalls an einem Strang“, betonte Silberbach. In der dbb internen Arbeitsgruppe „Perspektiven der Rentenpolitik“ beraten neben Frauen, Jugend und Senioren auch Expertinnen und Experten aus allen Teilen des dbb regelmäßig darüber, wie entsprechenden Kürzungsversuchen der Politik entgegengetreten werden kann. Insbesondere die Zusammenarbeit von dbb jugend und dbb Senioren bezeichnete Ulrich Silberbach als „Beitrag zur Generationengerechtigkeit“. Die Forderung nach einer Stärkung der geriatrischen Rehabilitation, so der dbb Chef abschließend, soll unter dem Leitgedanken „Reha vor Pflege“ helfen, Pflegebedürftigkeit zu vermeiden oder wenigstens hinauszuschieben. ■



► Dirk Kost, stellvertretender Vorsitzender der dbb seniorenvertretung sachsen-anhalt, Heidemarie Ehlert, stellvertretende Vorsitzende der dbb seniorenvertretung sachsen-anhalt, Tatjana Lichtenfeld, Philologenverband Sachsen-Anhalt, Walter Jertzimbeck, Vorsitzender der dbb seniorenvertretung sachsen-anhalt (von links)

Jahresrückblick 2023 des Landesvorsitzenden

Optimismus in schwierigen Zeiten

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

und wieder ist ein sehr arbeitsreiches Jahr zu Ende gegangen. So oder so ähnlich beginnen viele Jahresrückblicke. Zeit für sich und eigene Bedürfnisse stellen viele von uns in den Hintergrund. Wir in der dbb Familie sind überwiegend im Ehrenamt unterwegs.

Es ist uns ein Bedürfnis, uns für andere einzusetzen. Dies tun wir, um etwas zu bewegen, etwas zu ändern, wenn wir fest davon überzeugt sind, dass sich Dinge positiver entwickeln müssen. Wir können es uns nicht leisten, nur in Legislaturperioden zu denken. Wir wollen, dass es unseren Beschäftigten besser geht. Dass Leistung von allen anerkannt und gewürdigt wird. Dass die Rahmenbedingungen zeitgemäß sind. Dass der Blick in die Zukunft positiv ist! Dass wir jungen Menschen zeigen, wie wertvoll und erfüllend eine Tätigkeit im öffentlichen Dienst sein kann. Junge Menschen haben heute oft den Wunsch, dem Gemeinwohl dienen zu wollen. Sie müssen nur überzeugt sein, etwas Wichtiges und Nachhaltiges zu tun.

■ **Verwaltung modernisieren**

Der Arbeitgeber öffentlicher Dienst ist sich seiner Chancen und Potenziale nicht bewusst und agiert viel zu träge und langsam, um Probleme zu lösen. Kurzfristige, innovative und nachhaltige Konzepte suchen wir. Mehr Mut und Entscheidungsfreude wären angebracht. Der Innenraum der Verwaltung muss modernisiert werden. Wenn die Verwaltung nicht funktioniert, weil der Gesetzgeber sich nicht seiner Verantwortung bewusst ist, erle-

ben wir eine Erosion des Vertrauens in den Rechtsstaat und in die Demokratie.

Wir haben Konzepte, Ideen, Meinungen und Vielfalt in unseren Reihen. Deshalb hören Sie zu, was wir zu sagen haben.

Der tbb hat seine seit Jahrzehnten größten Aktionen im Rahmen der diesjährigen Einkommensrunden zum TVöD und TV-L eigenständig organisiert. In Fragen des Tarif- und Beamtenrechts schätzen unsere Beschäftigten unsere Sach- und Fachkompetenz.

Für uns ein Zeichen, den bisherigen erfolgreichen Weg weiterzugehen. Wir werden weiterhin unsere Stimme erheben und mehr Auszubildende für den öffentlichen Dienst einfordern. Wir werden die amtsangemessene Alimentation für alle Beamten in Thüringen nach den Vorgaben des Bundesverfassungsgerichts einfordern. Wir setzen uns für Tarifeinheit zwischen den Beschäftigten der Bundes- und Kommunalverwaltung auf der einen Seite und den Landesbeschäftigten auf der anderen Seite ein.

■ **Einheitliche Besoldung**

Langfristig muss es das Ziel sein, alle Beamten in Deutschland einheitlich zu besolden.

Der tbb versteht sich als Bindeglied zwischen allen im öffentlichen Dienst und in den Anstalten des öffentlichen Rechts beschäftigten Gewerkschaftsmitgliedern. Wir hören ihnen zu! Wir sind ihr Sprachrohr! Wir bieten ihnen beruflichen Rechtsschutz und zahlreiche Schulungen. Wir führen Gespräche mit der Landesregierung. Wir legen den Finger in die Wunde, wenn es sein muss. Wir bewegen!



■ **Schlusswort**

Denn: Gewerkschaft ist nur so stark, wie ihre Mitglieder. Arbeitsbedingungen ändern sich nicht von allein. Tariferhöhungen fallen nicht vom Himmel! Sie müssen hart erkämpft werden. Wir alle sind die Lokomotive und ziehen den Zug „öffentlicher Dienst“. Wenn dieser aber mit wenig Wertschätzung gewartet und zu wenig Treibstoff nachgefüllt wird oder wenn der Motor sogar komplett fehlt, dann bleibt der Zug stehen. Vorwärts kommen wir nur mit ei-

nem gemeinschaftlichen Kraftakt. Deshalb ist es wichtig, sich zu organisieren! Nur gemeinsam können wir stark sein und den öffentlichen Dienst zukunftsfähig und als geschätzten Arbeitsplatz gestalten. Beamte oder Tarifbeschäftigte gemeinsam.

Helfen Sie unseren Fachgewerkschaften, weiterzuwachsen und unsere Gemeinschaft im tbb zu stärken. Beteiligen Sie sich an unserer Arbeit und unterstützen Sie aktiv unsere Forderungen, damit die Kraftanstrengung in neue Impulse umgewandelt werden kann.

Wir bedanken uns bei allen Mitstreitern für ihren Einsatz und wünschen Ihnen ein frohes Weihnachtsfest und ein gesundes und zufriedenes Jahr 2024.

*Ihr
Frank Schönborn,
Landesvorsitzender
tbb beamtenbund und
tarifunion thüringen*

> **Jugendaktion – Einkommensrunde 2023 TV-L**

Es ist 5 nach 12!

Bundesweit haben Mitglieder der dbb jugend ihren „Wake-Up-Call“ für die Arbeitgeberseite in Szene gesetzt: In Berlin, München, Düsseldorf, Hamburg, Schwerin, Stuttgart, Koblenz und Jena wurde jeweils eine große Uhr, die symbolisch auf 5 nach 12 zeigt, vor verschiedenen Ämtern und Behörden platziert.

Auch in Thüringen, und zwar in Jena und Sondershausen, wurden am 15. November pünktlich um 12.05 Uhr auf diese Weise die Forderungen in der Einkommensrunde 2023 TV-L bekräftigt. Es ist an der Zeit, dass die Arbeitgeberseite realisiert, wie wichtig es ist, junge Menschen für sich zu gewinnen und auch zu halten. Dafür müssen Arbeitsbedingungen attraktiv gestaltet werden – und zwar JETZT. „Eine angemessene Einstiegsvergütung sowie die garantierte Übernahme sind wichtige Stellschrauben, die jetzt sofort gedreht werden müssen, denn für die Nachwuchsgewinnung im öffentlichen Dienst ist es bereits 5 nach 12“, so der Bundesjugendleiter dbb jugend, Matthäus Fandrejewski.



Ein großes Danke geht an die DStG-Jugend Thüringen, die diese Aktion massiv unterstützt hat!

© dbb jugend thüringen (2)

Wertschätzung im Zuge der Einkommensrunde TV-L

Öffentlicher Dienst löffelt die Suppe gemeinsam aus

„Heiße Suppe ... statt leerer Worte! Mehr Wertschätzung für den öffentlichen Dienst.“ Unter diesem Motto hatte der tbb beamtenbund und tarifunion thüringen gemeinsam mit seinen Fachgewerkschaften am 18. November 2023 nach Erfurt zu einem Warnstreik und einem Demonstrationzug vom Thüringer Landtag bis zur Thüringer Staatskanzlei aufgerufen.

Eine symbolische Suppe wurde stellvertretend für die, die der öffentliche Dienst schon seit Jahren auslöffeln muss, an die etwa 500 Teilnehmer ausgegeben.

Außer dem Landesvorsitzenden des tbb, Frank Schönborn, machten bei der Kundgebung vor der Thüringer Staatskanzlei noch zahlreiche andere Redner ihrem Unmut über den bisherigen Verlauf der Einkommensrunde Luft. Dazu gehörten Claus Weselsky (GDL), Thomas Zeth (Verhandlungskommission

des dbb), Ulrich Stock (Landesvorsitzender des dbb sachsen-anhalt), Saskia Grimm (Landesjugendleiterin dbb jugend thüringen) und Toni Nickel (Vertreter der dbb jugend bund). Als Vertreter der Arbeitgeberseite sprach der Chef der Staatskanzlei, Prof. Dr. Benjamin Immanuel Hoff.

■ Es muss sich etwas ändern

Überdeutlich wurde bei der Veranstaltung, dass die Beschäftigten in Thüringen die



schleppende Digitalisierung, den zunehmenden Fachkräftemangel und die fehlenden Antworten auf die Herausforderungen des demografischen Wandels nicht länger hinnehmen wollen: Es muss sich etwas ändern! Es fehlt nicht nur an mehr Schultern, auf die das MEHR an zusätzlicher Arbeit durch immer mehr Gesetze verteilt werden kann. Es fehlt nicht nur an MEHR Erleichterungen durch MEHR Digitalisierung. Den Beschäftigten des öffentlichen Dienstes fehlt es am MEHR!

Sie fordern deshalb:

- > Erhöhung der Tabellenentgelte um 10,5 Prozent, mindestens aber um 500 Euro monatlich,
- > Erhöhung der Entgelte der Auszubildenden, Studierenden und Praktikantinnen/Praktikanten um 200 Euro monatlich,
- > Laufzeit des Tarifvertrags von 12 Monaten,
- > unbefristete Übernahme der Auszubildenden und dual Studierenden nach erfolgreich abgeschlossener Ausbildung. ■



Einkommensrunde TV-L 2023

DSTG Thüringen bei Protestaktion in Erfurt

Viele Vertreter der Deutschen Steuer-Gewerkschaft (DSTG) sowie Kolleginnen und Kollegen aus der Thüringer Finanzverwaltung haben am 18. November 2023 in Erfurt die Demo unter dem Motto „Heiße Suppe statt leerer Worte! Mehr Wertschätzung für den öffentlichen Dienst“ unterstützt.

„Wir als Teilnehmer haben deutlich gemacht, dass wir hinter den dbb Forderungen stehen. Auch Beamte, deren Besoldungsanpassungen sich an den Einkommensverbesserun-

gen im Tarifbereich orientieren, waren angesprochen. Denn je mehr Personen an den Kundgebungen teilnehmen, desto größer wird das öffentliche Echo sein und desto mehr

Druck kann ausgeübt werden und desto besser wird auch das Ergebnis der Tarifrunde sein.

Vom Landtag zog die Demonstration quer durch Erfurt bis zur Staatskanzlei. Wir waren da, wir waren laut und wir haben auf die Missstände im öffentlichen Dienst aufmerksam gemacht. Wir kämpfen für gute Bezahlung und gute Arbeitsbedingungen!

Wir sind diejenigen, die die jahrelange Sparpolitik im öffentli-

chen Dienst aushalten müssen. Wir sind diejenigen, die einen funktionierenden Staat aufrechterhalten. Wir sind diejenigen, die die Suppe auslöffeln müssen. Das haben wir am 18. November 2023 gemeinsam deutlich gemacht.

Danke, dass ihr da wart. Nur gemeinsam können wir etwas bewegen!“

*Nicole Siebert,
Landesvorsitzende
DSTG Thüringen*



> Die Landesvorsitzende der DSTG Thüringen, Nicole Siebert (Mitte), mit Kolleginnen und Kollegen der DSTG

> Vielen Dank euch allen für eure Unterstützung!



© DSTG Thüringen (2)

Amtsangemessene Alimentation

Widerspruch einlegen? Alle Jahre wieder?!

Auch in diesem Jahr ist leider wieder nicht mit einer Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts zur amtsangemessenen Besoldung zu rechnen. Alle verbeamteten Mitglieder unserer Fachgewerkschaften sollten deshalb erwägen, auch für das Jahr 2023 Widerspruch einzulegen.

Zu beachten ist dabei, dass der Landesgesetzgeber eine Anpassung der Thüringer Besoldung zum 1. Januar 2023 vorgenommen hat, die nach Personengruppen gestaffelt auch einen Inflationsausgleich beinhaltet. Bei Kolleginnen und Kollegen, die bereits Klage führen, haben die Thüringer Gerichte die Sachdienlichkeit der Klageerweiterung ausdrücklich bejaht.

Der tbb hatte seine Mitglieder bereits im Jahr 2020 umfassend darüber informiert, dass das Bundesverfassungsgericht in Beschlüssen vom 4. Mai 2020 die verfassungsrechtlichen Maßstäbe für die Ermittlung und Berechnung einer amtsangemessenen Alimentation fortgeschrieben hat.

In den vergangenen Jahren hat der tbb deshalb allen verbeamteten Mitgliedern unserer

Fachgewerkschaften empfohlen, Widerspruch einzulegen.

Im Hinblick auf die ungeklärte Rechtslage und in Anbetracht der Tatsache, dass es sich in diesen Verfahren um Massenverfahren (Verfahren, die eine große Anzahl an Personen betreffen) handelt, wird nach der Einlegung der Widersprüche auch dieses Jahr vom dbb beziehungsweise dem tbb kein Rechtsschutz gewährt.

Der tbb führt aktuell Musterklagen vor den Thüringer Verwaltungsgerichten, die die Jahre 2019 bis 2022 abdecken.

Aufgrund der Verpflichtung zur sogenannten „haushaltsnahen Geltendmachung“ müssen potenzielle Ansprüche eigenstän-

dig bis zum Jahresende angemeldet werden. Widerspruch ist daher bis zum 31. Dezember 2023 einzulegen. Dabei sollte darauf geachtet werden, sich den Empfang beweissicher quittieren zu lassen.

Bisher hat das Finanzministerium noch keine Aussage über eine Ruhendstellung der Widersprüche und der Durchführung von Musterverfahren für das Jahr 2023 getroffen. Aktuell rechnen wir jedoch nicht mit einer für uns positiven Aussage.

Der Musterwiderspruch 2023 kann auf der Internetseite <https://www.thueringerbeamtetenbund.de/amtsangemessene-alimentation/> heruntergeladen werden. ■



© tbb

8. Landesdelegiertenversammlung des tlv thüringer lehrerverband

Neue Landesleitung gewählt

Der tlv thüringer lehrerverband hat bei seiner 8. Ordentlichen Landesdelegiertenversammlung am 10. und 11. November 2023 in Zeulenroda-Triebes eine neue Landesleitung gewählt.

Zum tlv-Landesvorsitzenden wurde Tim Reukauf gewählt, der das Amt von Frank Fritze übernommen hat. Fritze hatte den Vorsitz kommissarisch ausgeübt, nachdem der langjährige Landesvorsitzende Rolf Busch im Juni 2022 sein Amt aus gesundheitlichen Gründen niedergelegt hatte.

Tim Reukauf, Gymnasiallehrer für die Fächer Ethik sowie Wirtschaft und Recht in Hildburghausen, ist seit 2018 Mitglied im tlv. 2019 übernahm er das Amt des Sprechers für den Jungen tlv. Seit 2021 gehört er der erweiterten Landesleitung an. Außerdem leitet Reukauf die Arbeitsgemeinschaften „Bildungspolitik“ und „Mitglieder“ im tlv und ist Mitglied des Redaktionsteams der Verbandszeitschrift „Thüringer Schule“.

Auch die Ämter der Stellvertreter sind von der Landesdelegiertenversammlung komplett neu besetzt worden. Nach einer Satzungsänderung hat künftig der Sprecher beziehungsweise die Sprecherin des Jungen tlv automatisch eines der Stellvertreterämter inne. Damit wurde die seit September 2023 amtierende Sprecherin Laura Lachmann, Grundschullehrerin aus Münchenbernsdorf, zugleich stellvertretende tlv-Landesvorsitzende. In das Amt gewählt wurden Eddy Helms, Regelschullehrer in Ilmenau, und Fabian Neumeister, Gymnasiallehrer in Erfurt. Schatzmeisterin wurde Sandra Deege von der Thüringer Gemeinschaftsschule Carl Zeiss in Weimar, die Fred Hartmann abgelöst hat. Hartmann hatte nicht wieder kandidiert.

➤ Weichen für die nächste Legislaturperiode gestellt

Im Anschluss an die Wahlen hat der tlv thüringer lehrerverband über mehrere Leitanträge abgestimmt und damit die Arbeitslinie für die kommende 5-Jahres-Periode festgelegt.

Ganz oben auf der Agenda steht die Bekämpfung des Personal Mangels in den Schulen. „Seit Jahren verschlechtert sich die Personalsituation an den Thüringer Schulen gravierend“, so die Begründung der ehemaligen tlv-Landesleitung, die noch bis zur Neuwahl amtiert und insgesamt vier Leitanträge in die Landesdelegiertenversammlung eingebracht hatte. „Das wirkt sich direkt auf die Beschulung aller Kinder und Jugendlichen aus.“ Der tlv wird sich deshalb dafür einsetzen, dass die Landesregierung schnellstmöglich wirksame Maßnahmen gegen den fortschreitenden Personal mangel im Bildungsbereich beschließt und realisiert.

Darüber hinaus wird sich der Verband in der neuen Legislaturperiode dafür starkmachen, dass berufliche, finanzielle – und vor allem motivierende – Perspektiven für Seiteneinsteiger geschaffen werden. „Obwohl sehr viele Seiteneinsteiger dieselbe Arbeit wie ihre grundständig ausgebildeten Kollegen leisten, werden sie schlechter alimentiert. Außerdem sind aktuell keine für sie sichtbaren beruflichen und finanziellen Entwicklungsmöglichkeiten vorhanden“, heißt es in der Antragsbegründung.



> Der neu gewählte Landesvorsitzende des tlv – Tim Reukauf

Ein weiterer Schwerpunkt der Verbandsarbeit wird künftig darauf abzielen, dass die Digitalisierung an allen Schulen Thüringens zielstrebig, zeitnah und vollumfänglich umgesetzt wird. Schließlich wird sich der tlv in besonderem Maße dafür einsetzen, dass – wie im Koalitionsvertrag versprochen – multiprofessionelle Teams an allen Thüringer Schulen konsequent und zeitnah etabliert werden.

➤ Die Politik zu Gast beim tlv

Der Einladung zur 8. Ordentlichen Landesdelegiertenversammlung des tlv thüringer lehrerverband sind am 10. und 11. November zahlreiche Politiker von Landesregierung und Opposition gefolgt.

Thüringens Minister für Bildung, Jugend und Sport, Helmut Holter, musste sich wegen kurzfristiger Erkrankung mit einem schriftlichen Grußwort an die Delegierten wenden. „Der tlv steht für Power und Leidenschaft“, konstatierte der Minister und lobte den „konstruktiv-kritischen Dialog“, in dem sich Ministerium und tlv seit der vergangenen Landesdelegiertenversammlung im Herbst 2018 befänden. „Ich sehe beim tlv die Bereitschaft zur gemeinsamen Verantwor-

tung und wünsche sie mir auch weiterhin“, so Holter.

Im Rahmen der öffentlichen Veranstaltung wandte sich zunächst Ministerpräsident Bodo Ramelow mit einer Videobotschaft an die in den Schulen Beschäftigten und sprach ihnen Dank und Anerkennung für den oft herausfordernden Beruf aus.

Bei einer anschließenden Podiumsdiskussion diskutierten Ann-Sophie Bohm, Landessprecherin von Bündnis 90/ Die Grünen, Christian Tischner, Bildungspolitischer Sprecher der CDU, Torsten Wolf, Bildungspolitischer Sprecher der Linken, und Marco Thiele vom Landesvorstand der FDP mit Laura Lachmann und Tim Reukauf von der tlv-Landesleitung. MDR-Moderatorin Susann Reichenbach befragte die Runde nach den vier Schwerpunktthemen, die sich der tlv für die kommende Legislaturperiode gesetzt hat, das heißt nach Personalmangel, nach der Situation der Seiteneinsteiger, nach Digitalisierung und der im Koalitionsvertrag zugesagten flächendeckenden Einrichtung von multiprofessionellen Teams in den Schulen.

*Juliane Moghimi,
Pressesprecherin/Chefredaktion
„Thüringer Schule“*

